

(Quelle: vermutlich Leipziger Volkszeitung, Dez. 2004)

Nach Mord in Grünau

Mutter der Toten fordert strengere Gesetzgebung

Nach dem Entsetzen kommt die Besinnung. Am Mittwoch wurde Mariann M. H. (19) von ihrem irakischen Ehemann Samir (22) erschossen. Jetzt wendet sich ihre Mutter an die Öffentlichkeit, „damit sich ein solches Drama nicht wiederholt“. Auch ein Frauenhaus ermutigt Betroffene, sich nicht mit Gewalt abzufinden.

Das Reden fällt schwer. Martina L. ringt mit den Tränen. Sie will alles durchstehen, auch um anderen zu helfen. „Die Gesetze müssen dringend geändert werden“, fordert die 42-Jährige. Seit dem Sommer habe Samir Morddrohungen ausgestoßen – gegen die ganze Familie. „Solche Leute müssten sofort abgeschoben werden.“ Doch es sei nichts passiert. Trotz Anzeigen bei der Polizei „durfte er weiter draußen rumlaufen“.

Kurz vor ihrem 18. Geburtstag war Mariann damals zu Samir gezogen. Er unterband sofort den Kontakt zu ihrer Familie. Eine Woche später begannen die Probleme. „Er hat sie geschlagen, auf sie eingetreten. Sie mußte ihm 100-mal die Füße küssen, wenn sie etwas Falsches gesagt hatte“, erfuhr die Mutter, als sich Mariann im November 2003 verzweifelt meldet. Da war sie bereits schwanger. „Sie konnte sich nicht gegen ihn wehren“, ist die Stötteritzerin überzeugt. Ihre Tochter habe ihn sicher „unter Druck“ geheiratet: In Dänemark, gegen den Willen der Mutter, die Mariann die Papiere verweigert hatte. Ein paar Wochen später verlor sie das Kind. Die Mißhandlungen wurden immer schlimmer – sie suchte Zuflucht im Frauenhaus, reichte die Scheidung ein. Am 8. Dezember war die Ladung im Briefkasten – „seither ist Samir sicher mit der Pistole rumgerannt“, glaubt die Mutter. Er habe schon früher von einer Waffe mit 36 Schuss gefaselt.

Am Dienstag hatte Mariann auf das Kind einer Freundin aufgepasst. Mitternacht stieß sie auf dem Heimweg am Hauptbahnhof auf ihren Mörder. Er verfolgte sie, klingelte am Haus. Am Vormittag ließ ihn eine ältere Mieterin in den Plattenbau Am Schwalbennest 16. „Die Frau trifft keine Schuld. Samir war eine tickende Zeitbombe“, sagt Martina L. verbittert. Ihre Tochter hatte sie kurz zuvor „in Todesangst“ angerufen. Sie rief die Polizei, die fand den Mann nicht – und ging wieder. Kurz danach war Marianns Leben ausgelöscht. Der Mörder starb wie berichtet durch eine Kugel in den Kopf.

Im Frauen- und Kinderschutzhaus Leipzig, wo die Arbeitslose Zuflucht gefunden hatte, herrscht tiefe Betroffenheit. Und jetzt noch mehr Angst, vor die Tür zu gehen. „Aber ein Leben im Frauenhaus ist besser als gar keins“, sagt Sozialarbeiterin Karin Wendt. Betroffene sollten sich unbedingt Hilfe holen, rät sie. Bei Gewalt müsse die Polizei gerufen werden. Die könne die Hilfe suchende ins Frauenhaus bringen oder den Mann für sieben Tage der Wohnung verweisen. Bei Gericht muss dann ein so genanntes Näherungsverbot durchgesetzt werden. Bei Mariann war das abgelaufen.

(Quelle: vermutlich Bild, Dez. 2004)

Die Tote aus dem Treppenhaus

„Mariann könnte noch leben“, sagt ihre Mutter

Leipzig - Sie könnte noch leben da ist sich ihre Mutter sicher.

Vier Tage nach der Ermordung der schönen Mariann (19) durch ihren Ehemann Samir H.-M. (Bild berichtete) erhebt die Mutter der Toten schwere Vorwürfe gegen die Polizei:

„Niemand hat die vielen Drohungen gegen meine Tochter ernst genommen“, sagt Martina L. (42).

Weil sich Mariann die Schläge, Tritte und Erniedrigungen durch ihren Ehemann Samir H.-M. nicht mehr gefallen lassen wollte, hatte sie sich von ihm getrennt und flüchtete zu ihrer Mutter. „Wir hatten Beamte des Reviers Südost in unsere Wohnung bestellt“, sagt Martina L. Und weiter: „Samir H.-M. drohte meiner Tochter, er habe 36 Patronen und eine Pistole, werde sie umbringen.“

Die Polizei hatte daraufhin auch die Wohnung des Irakers durchsucht. „Es wurde aber keine Waffe gefunden“, sagt Oberstaatsanwalt Lutz Lehmann (50). „Das Verfahren wurde von der Polizei an die Staatsanwaltschaft abgegeben. Wir haben Anklage gegen Samir M.-H. erhoben wegen Bedrohung.“

Weitere Untersuchungen gegen Beamte wegen unterlassener Hilfeleistung schließen die Behörden aus.